

## Hybride Partizipation - Verknüpfung von direkter und deliberativer Demokratie anhand zweier internationaler Beispiele

Norbert Kersting

### Beteiligungsformen in der Demokratie

Neben der demonstrativen Partizipation (Demonstrationen) ergänzen repräsentative, direkte und deliberative Partizipationsformen das Spektrum der Beteiligungsmöglichkeiten (1). Repräsentative Demokratie kann auch als numerische Demokratie bezeichnet werden. Zu dieser – aber von der repräsentativen Demokratie deutlich differenzierbar – ist auch die direkte Demokratie zu zählen. Hierunter werden z. B. Bürger- und Volksentscheide, Petitionen, Initiativen und Referenden zusammengefasst. Während die repräsentative Demokratie partei- und personenorientiert ist, stehen bei der direkten Demokratie eher sachbezogene Entscheidungen im Vordergrund. Als dritter Bereich politischer Partizipation bzw. Konzeption von Demokratie ist ihre deliberative Variante zu nennen. Diese basiert zum Beispiel auf offenen Foren als konsenssuchende Beteiligungsinstrumente, bei denen jeder teilhaben kann. Neuerdings sind auch über Stichproben rekrutierte Citizen Juries oder Minipublics, die in Deutschland bereits seit langem als Planungszelle bekannt sind, in Mode (2).

### Vor- und Nachteile von direkter und deliberativer Demokratie

Ein Vorteil der direkten Demokratie ist, für große politische Gemeinschaften bindende Entscheidungen hervorzubringen. Zudem können hier breite Bevölkerungsgruppen involviert werden. Auch wenn die Wahlbeteiligung bei Referenden, insbesondere auf der lokalen Ebene, in Deutschland deutlich niedriger als bei Bundestags- und Landtagswahlen liegt, wird bei diesen Sachentscheidungen auf der lokalen und Länderebene in Deutschland über Bürger- bzw. Volksentscheide eine bindende Entscheidung generiert. Selbst wenn sie lediglich konsultative Referenden sind – wie z. B. auf nationaler Ebene in einigen anderen europäischen Ländern (3) – bewirken sie oft wegweisende Entscheidungen. Grundsätzlich spielt die direkte Demokratie auf der lokalen Ebene in Deutschland eine die Politik disziplinierende Rolle im politischen System. Sie dient den Bürgerinnen und Bürgern als letzter Ausweg oder als »Notnagel«, um ihren Willen gegenüber den gewählten Repräsentant/innen deutlich zu machen, und wirkt damit letzteren gegenüber als Damoklesschwert: Wenn es nicht zu einem Bürgerbegehren / -entscheid kommt, haben Politiker/innen im repräsentativen System alles richtig gemacht. Die direkte Demokratie hat somit als Initiative von unten wichtige Vorwirkungen und drängt die Politikerinnen und Politiker dazu, referendumssichere Entscheidungen zu treffen. Kritisiert wird an der direkten Demokratie häufig – auch wenn die empirische Realität in der halbdirekten Demokratie der Schweiz anders aussieht – dass es im Vorwahlkampf zum Referendum kaum rationale Diskurse gäbe und zudem lediglich eine Ja-Nein Entscheidung getroffen werden könne.

Die Kritik an deliberativen Verfahren – unabhängig von der Auswahl der Teilnehmer/innen – konstatiert, dass die diskutierenden Gruppen letztendlich keine verfassten, gewählten und institutionalisierten Gremien darstellen. Sie sind somit weder repräsentativ legitimiert noch dürfen sie bindende Entscheidungen treffen. Dieses Argument wird zusätzlich dadurch unterstützt, dass bei der Mehrzahl der deliberativen Verfahren lediglich eine kleine Gruppe an den Versammlungen teilnimmt.

Aus dieser Gemengelage heraus macht es Sinn, über eine Verknüpfung und Kopplung der beiden Instrumente (»Hybride Partizipation«) nachzudenken. Dabei kann die direkte Demokratie ihre Stärke, bindende Entscheidungen herbeizuführen, einbringen, während die deliberative Demokratie für die notwendige Transparenz und den rationalen Diskurs im Vorfeld der Entscheidung sorgt (4). Die Koppelung der beiden Instrumente – die »hybride Partizipation« – ist ein sehr neues Konzept mit bislang wenigen Anwendungen, die zudem kaum systematisch ausgewertet wurden.

Im Folgenden wird zunächst vor allem eine Gruppe dargestellt, die weltweite Entwicklungen der direkten und deliberativen Demokratie und erste Versuche der Kopplung und Verknüpfung intensiv diskutiert. Anschließend werden anhand zweier internationaler Beispiele mögliche Verknüpfungen direkter und deliberativer Verfahren aufgezeigt.

### **Die internationale Forschergruppe »Direkte und deliberative Demokratie – 3D«**

2009 konstituierte sich die Gruppe »Direkte und deliberative Demokratie« (DDD bzw. 3D). Ausgangspunkt für deren Gründung waren vorhergehende vergleichende Analysen namhafter Kolleginnen und Kollegen zur local government reform, d. h. zu Verwaltungs- und Partizipationsreformen auf der lokalen Ebene in jeweils vier verschiedenen Ländern von vier Kontinenten (5). Hieraus entwickelte sich das Interesse, einen noch stärkeren Fokus auf demokratische Innovationen und den Trend zur direkten und deliberativen Demokratie zu legen. Die Diskussion in der DDD-Gruppe fokussierte bei den Workshops 2008 und 2009 in Stellenbosch (Südafrika) auf die vielfältigen kontinentalen Erfahrungen direkter und deliberativer Demokratie (6). Dabei wurde eine neue Welle direktdemokratischer Verfahren insbesondere in Lateinamerika und Afrika, aber auch in Europa festgestellt. Zugleich wurde eine Hinwendung zu deliberativen Verfahren offensichtlich (deliberative turn), die zum Teil durch die Rio Konferenz und lokale Agenda 21-Projekte gefördert wurde. Dabei lässt sich ein Trend zur Übernahme demokratischer Innovationen und Verfahren aus den Ländern des Südens in die Länder des Nordens aufzeigen (7). Zudem zeigte sich, dass einige Länder stärker auf direkte Demokratie und Referenden setzen, wie zum Beispiel Uruguay, während sich andere, wie zum Beispiel Brasilien oder Peru, stärker auf deliberative Verfahren ausrichten.

Die intensiven Diskussionen führten nicht nur die empirischen Ergebnisse aus den verschiedenen Kontinenten und die wenigen Versuche der Kopplung zusammen. Sie warfen auch die Frage auf, welche Akteure in den verschiedenen Kontinenten diese neuen Verfahren stark vorantreiben und welche Akteure und Interessen diesen demokratischen Innovationen eher entgegenstehen. Sind es vor allem Verwaltungen und Verwaltungsspitze, also insbesondere die Bürgermeister/innen, die demokratische Innovation fördern? Und sind es vor allem Politiker/innen und Ratsmitglieder, die ihnen entgegenstehen? Welche Rolle spielen Akteure auf lokaler, regionaler

oder nationaler Ebene? Welche Interessen wollen moderne Partizipationsinstrumente implementiert sehen und welche stehen diesen demokratischen Innovationen eher entgegen? Welche Rolle spielen nationale und global agierende Think-tanks, NGOs und Entwicklungsagenturen in diesem Zusammenhang? Wie sehen Förderstrategien aus, um diese Innovationen durchzusetzen, beziehungsweise welche Vetostrategien werden deutlich? Bestehen Vernetzungen zwischen Nutzer/innen dieser demokratischen Innovationen, d. h. zum Beispiel zwischen einzelnen Kommunen und zwischen Akteuren?

Um weiteren Sachverstand in die 3D-Gruppe mit aufzunehmen, kooperiert sie international mit research committees zu Lokalpolitik und elektronischer Demokratie der International Political Science Association, auf europäischer Ebene unter dem Dach des Arbeitskreises zur Demokratischen Innovation des europäischen Politologenverbandes mit verschiedenen Kollegen (z. B. Brigitte Geissel, Kimmo Grönlund) und in Deutschland u.a. mit Nicht-Regierungsorganisationen (z. B. Stiftung Mitarbeit, Engagement global) und neuen Initiativen, z. B. durch die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden Württemberg, Gisela Erler. Darüber hinaus vergrößerte sich die 3D-Gruppe auch im Bereich der theoretischen Fundierung direkter und deliberativer Demokratie (z. B. durch Gary Schaal und Claudia Ritzi, Helmut Schmidt Universität Hamburg). Sie erweiterte sich zudem inhaltlich in andere Bereiche demokratischer Innovation. So wurden Aspekte der elektronischen Demokratie stärker hervorgehoben und die Onlinevarianten im Bereich direkter und interaktiver Demokratie aufgegriffen (8).

Aus den wenigen Versuchen, deliberative und direkte Demokratie in Richtung hybrider Partizipationsinstrumente zu koppeln, werden im Folgenden zwei Beispiele dargestellt.

### **Citizens' Assembly (Bürgerrat) und Referendum in British Columbia zur Wahlrechtsreform**

Das Zuwanderungsland Kanada ist gekennzeichnet durch ein föderales System, ein moderates ökonomisches Wachstum bei gleichzeitiger relativer Gleichheit, einen schwach entwickelten Wohlfahrtsstaat, und insbesondere durch Multikulturalität und Multilingualität (neben der französischen und der englischen Sprache), d. h. durch eine hohe Zahl an ethnischen Minoritäten (9). Auch aus diesem Grund sind die Provinzregierungen relativ stark, und die Machtkontrolle (checks and balances) – insbesondere bei den wenigen Formen der direkten Demokratie – ist auf dieser Ebene ebenfalls besonders hoch. Minderheitenschutz stellt eine zentrale Kategorie des kanadischen Systems dar. In der reichen, etwa 4 Millionen Bewohner/innen zählenden Provinz British Columbia zeigt sich auf Provinzebene im Gegensatz zu anderen Kommunen, wie zum Beispiel der Stadt Vancouver, eine politische Kultur, die durch Populismus und mangelndes Vertrauen sowie vor allem durch die beiden Parteien, die Liberals und die New Democratic Party, geprägt ist (10).

Die Unzufriedenheit mit dem Wahlsystem, das auf einem klassischen Mehrheitswahlrecht in Wahlkreisen (First-past-the-post-System) beruht, zeigte sich zum Beispiel bei der Wahl 1996. Damals erreichten die Liberals zwar 42% der Stimmen gegenüber 39 % für die New Democrats. Sie erhielten jedoch nur 33 Sitze, während die New Democrats 39 Sitze und damit die Parlamentsmehrheit erlangten (11). Bereits 1996 forderte der Vorsitzende der Liberals, Gordon Campbell, ein neues Wahlrecht und einen Bürgerrat (Citizens' Assembly) zur Reform des

Wahlrechts. Bei der Wahl 2001 gewannen die Liberalen mit etwa 58 % der Stimmen bis auf zwei alle Sitze im 79 Mitglieder zählenden Parlament. Dennoch hielt die liberale Partei an dem Wahlversprechen fest und initiierte die versprochene Citizens' Assembly (CA) für einen Preis von etwa C \$ 5,5 Millionen (12).

Die Auswahl der Mitglieder der CA wurde nach dem Zufallsprinzip getroffen. Nach einer Korrektur des Wählerregisters wurden jeweils etwa 100 Männer und 100 Frauen aus den 79 Zonen British Columbias ausgewählt. Diese insgesamt etwa 16.000 Namen wurden nach Altersgruppen und Geschlecht in den jeweiligen Zonen aufgeteilt. Über Informationsbriefe wurde nachgefragt, ob die Ausgewählten bereit wären, an dem Verfahren teilzunehmen. 1.700 Wähler/innen signalisierten ihr Interesse, wobei letztendlich 964 Personen bei den ersten Treffen anwesend waren. Aus diesen Gruppen wurden 158 Teilnehmer/innen – jeweils ein Mann und eine Frau pro Distrikt – ausgewählt (13). Im Januar 2004 traf sich die Citizens' Assembly erstmalig, und in den folgenden zehn Monaten kamen die 160 Mitglieder in drei verschiedenen Phasen mehrtägig zusammen.

In der ersten Phase (Januar bis März 2004) kam es zu Treffen an sechs verschiedenen Wochenenden. In kleineren Gruppen von zehn bis 15 Personen stand hier auch das Team-building im Vordergrund. Die Teilnehmer/innen wurden mittels Vortragsreihen und vielfältigen Informationsmaterialien über Wahlsysteme aus den verschiedenen Wahlfamilien (Mehrheitswahlrecht, Personenwahlrecht und gemischte Verfahren) informiert. Nach einer Vielzahl öffentlicher Anhörungen von Mai bis Juli 2004 gab es eine Feedbackphase. In dieser gingen die Mitglieder der CA zurück in ihre Heimatstädte, um dort Argumente von verschiedenen NGOs und politischen Parteien zu sammeln. Insgesamt nahmen hieran etwa 3.000 Bürgerinnen und Bürger teil, wobei zu jeder dezentralen Bürgerversammlung zwischen 20 und 150 Teilnehmer kamen. In dieser zweiten Phase wurden zusätzlich etwa 1.600 schriftliche Vorschläge bei der Citizens' Assembly eingereicht.

In der letzten, internen Dialogphase wurden die unterschiedlichen Vorschläge und Beiträge zusammengeführt. Nach langen Diskussionen entschied sich die Citizens' Assembly dafür, zwei Verfahren in die engere Auswahl zu nehmen. Zum einen war dies das aus Deutschland bekannte personalisierte Verhältniswahlrecht (Mixed-member-proportional-system (MMP), mittlerweile ebenfalls eingesetzt in Neuseeland und Schottland). Zum anderen wurde das insbesondere in Australien und dem angelsächsischen Raum bekannte single-transferable-vote-system (STV), auch Präferenzwahlssystem genannt, ausgewählt. Hierbei erstellt jeder Wähler /jede Wählerin eine Rangfolge der Kandidat/innen. Sobald ein/e Kandidat/in gewählt ist, d.h. die notwendige Anzahl an Stimmen erreicht hat, kommen alle weiteren Stimmen für diesen Kandidaten dem nächstplatzierten Kandidaten zugute. Letztendlich kam es in der Citizens' Assembly zu einer Abstimmung, bei der 123 für das STV und nur 31 für das MMP stimmten. Im letzten Wahlgang votierten 146 Teilnehmer/innen für das STV und nur sieben dagegen.

Es war von vorneherein vorgesehen, über die Ergebnisse der CA ein Referendum abzuhalten. Für das Referendum im Mai 2005 war eine doppelte Mehrheit notwendig. Es mussten 60 % der Wähler/innen zustimmen. Zudem musste eine einfache Mehrheit in wenigstens 60 der 79 Zonen erreicht werden. Es zeigte sich, dass die Medien zwar regelmäßig darüber berichteten und die Webseite mehr als 47.000 Besucher/innen aus über 150 Ländern aufweisen konnte. Letztendlich wurde aber die Citizens' Assembly in British Columbia selbst kaum

wahrgenommen. Dies mag mit dazu beigetragen haben, dass man zwar in 77 der 79 Bezirke eine einfache Mehrheit erreichte und insgesamt 57,4 % aller Stimmen dem Vorschlag zustimmten, damit jedoch die notwendige 60 % Mehrheit überraschenderweise nicht erreichte. Nachzutragen bleibt, dass im Mai 2009 erneut ein Referendum zu demselben Thema scheiterte. Diesmal waren lediglich 38,8 % für das neue STV-Wahlrecht.

## Constitutional Council (Verfassungsrat) und Verfassungsreferendum in Island

Island ist mit ca. 300.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, von denen etwa 90 % in der Hauptstadt Reykjavik leben, ein ressourcenstarker, zum Teil von Rohstoffen abhängiger Kleinstaat mit einer langen parlamentarischen Tradition (Althing, so heißt das isländische Parlament).

Ende 2008 und im Frühjahr 2009 kam es in Island zu massiven Protesten aufgrund der Bankenkrise. Bei den Protesten (»Kitchenware revolution«) forderten die Isländer/innen unter anderem eine neue Verfassung, um in Zukunft ähnliche Banken Krisen zu vermeiden. Die alte Verfassung von 1944 wurde als ein Auslöser für die Bankenkrise gesehen (14).

Im Herbst 2008 wurde ein Verfassungsrat (Constitutional Council) bestehend aus 25 zufällig ausgewählten Isländerinnen und Isländern gebildet, der eine neue Verfassung entwickeln sollte. Die Repräsentanten wurden nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Sie sollten die neue Verfassung mithilfe von Experten und mithilfe von breiten Outreach-Programmen entwickeln. Dabei wurden intensiv die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und insbesondere Facebook genutzt (»crowdsourcing constitutions«) (15). Die gesammelten Anregungen wurden im Constitutional Council diskutiert und zentrale Problempunkte mit Expertinnen und Experten herausgearbeitet. Hieraus entwickelte sich ein Verfassungsentwurf.

Der Verfassungsentwurf des Constitutional Council wurde dem Parlament im Juli 2010 vorgelegt. Es wurde schnell deutlich, dass der Verfassungsentwurf durch die Oppositionsparteien (Independence Party, Progressive Party) nicht befürwortet werden und insofern aufgrund einer fehlenden Zweidrittelmehrheit im Parlament scheitern würde. Aus diesem Grund wurde von den Regierungsparteien (Social Democratic Alliance, Left Green Movement) ein konsultatives Verfassungsreferendum initiiert, das nach 15 Monaten im Oktober 2011 stattfand.

Dieses Referendum stellte zentrale Aspekte der neuen Verfassung zur Abstimmung. So wurden die Bürger/innen z.B. zu sechs generellen Aspekten der Verfassung sowie zu kritischen Themen wie z. B. dem Schutz der natürlichen Ressourcen Islands, zur Rolle der Kirche (Soll die evangelisch-lutherische Kirche weiterhin in der Verfassung als Staatskirche definiert werden?), zum Wahlsystem, zur Rolle der neuen Verfassung und zu den Außenbeziehungen gefragt (16). Denn in der Verfassung von 1944 waren supranationale Fragen (Euro, EU) nicht enthalten.

Das vorgeschlagene semipräsidentielle System mit direktgewähltem (eher repräsentativem) Präsidenten, einem indirekt gewählten Ministerpräsidenten (mit Kabinett) sowie einem starken Parlamentspräsidenten ähnelte der alten Verfassung. Wie in der Verfassung von 1944 hätten nach der neuen Verfassung vom Präsidenten an das Parlament zurückgewiesene Gesetze zur Abstimmung an das Volk in Form eines Referendums verwie-

sen werden können. Nach der vorgeschlagenen Verfassung hätten die Bürger/innen zudem die Möglichkeit gehabt, mit einem 10 %-Quorum, ein Referendum gegen Regierungsentscheidungen drei Monate nach dem Parlamentsbeschluss zu initiieren. Dabei hätte ein thematischer Ausschluss gegolten, z. B. bei Budgetentscheidungen (Art. 67). Obligatorische Verfassungsreferenden (Art. 84) wie auch eine Abwahl (Recall) des Präsidenten (Art. 113) waren ebenso vorgesehen wie Antragsrechte von Bürgerinnen und Bürgern (Art. 66). Besonders umstritten waren aber der Schutz der natürlichen Ressourcen und damit deren Definition als unverkäufliche Staatsressourcen (Art. 34).

Bei dem Referendum im Oktober 2011 beteiligten sich 49 % der stimmberechtigten isländischen Bevölkerung (17). Drei Viertel der Wähler/innen stimmten für den Vorschlag des Verfassungsrates. In der Folge ignorierten einige Parteien im Parlament den Prozess und das nichtbindende Referendum und forcierten Neuwahlen. Durch die bevorstehenden Neuwahlen und das Ende der Legislaturperiode hätte bis zum Ende April 2013 über die neue Verfassung abgestimmt werden müssen, um den gesamten Prozess nicht von Neuem mit einem neu gewählten Parlament beginnen zu müssen. Dieses gelang nicht. Nun soll versucht werden, einzelne Verfassungsänderungen oder eine reformierte Verfassung mit einer Zweidrittelmehrheit im neuen Parlament durchzusetzen (18).

## Resümee

Demokratische Innovation beinhaltet neben Reformen der direkten und der deliberativen Demokratie insbesondere in wenigen neuen Fällen die Verknüpfung dieser beiden klassischen Verfahren politischer Beteiligung. Anhand der beiden Beispiele und weiteren, durch die 3D-Gruppe analysierten Fällen zeigte sich, dass bei allen Reformen die traditionellen Akteure (Politiker, Verwaltung, NGOs) weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Auch wenn die minipublics/Planungszellen die traditionellen Akteure ausgrenzen.

Ziel dieser demokratischen Innovationen ist es, eine höhere Mobilisierung und ein höheres Interesse an politischer Beteiligung zu generieren. Damit soll nicht nur die Legitimationskrise der politischen Systeme überwunden. Es sollen auch bei einer Mehrzahl der Bevölkerung akzeptierte Politiken gewährleistet werden – bei gleichzeitigem Minderheitenschutz. In diesem Kontext spielen deliberative (insbesondere minipublics/Planungszellen) und direktdemokratische Verfahren eine neue Rolle. Die Kopplung von deliberativen und direkten Verfahren sind demokratische Innovationen, die weit in die Zukunft gerichtet sind (19). Bislang sind klassische Verfahren der deliberativen und direkten Demokratie zum Teil noch nicht hinreichend institutionalisiert. Dennoch macht es Sinn, bereits jetzt zukünftige Entwicklungen voranzutreiben, auch wenn diese möglicherweise eher einer utopischen Wunschliste entsprechen.

Realisierbar wäre zum Beispiel eine lose Kopplung deliberativer und direktdemokratischer Verfahren. Dies bedeutet, die lokalen, regionalen und nationalen Verfassungen derart zu modifizieren, dass direktdemokratischen Verfahren verpflichtend ein deliberativer Prozess vorgeschaltet wird. Dieser kann möglicherweise ein abschließendes Referendum verhindern oder es modifizieren (z. B. den Abstimmungstext), sofern sich die entsprechenden Initiatoren darauf verständigen können. Das geschilderte Verfahren zur Entwicklung einer neuen Verfas-

sung für Island kann als Beispiel dafür gesehen werden. Denn die Vorschläge für diese Verfassung richteten sich zunächst an das Parlament, das aufgrund der fehlenden 2/3-Mehrheit ein Referendum initiierte.

Eine enge Kopplung dagegen beinhaltet zum Beispiel einen verfassten deliberativen Prozess (Minipublic/Planungszelle), der letztendlich automatisch ein Referendum herbeiführt. Insbesondere das geschilderte Referendum in British Columbia kann hierfür als Beispiel gelten.

Direkte und deliberative Demokratie sind abhängig von dem jeweiligen politischen System und betreffen zentrale Bereiche politischer Partizipation. Die zentralen Akteure der repräsentativen Demokratie zeigen zunehmend eine erhöhte Akzeptanz gegenüber diesen Verfahren. Ein zentraler Grund hierfür liegt in einer Legitimationskrise der Parteiendemokratie auf der einen Seite und einem Boom in der demonstrativen Demokratie auf der anderen (20). Die Erfahrungen aus Island zeigen, dass Politiker/innen, die weder das deliberative noch das direktdemokratische Votum akzeptierten, auf Unverständnis stoßen und zudem eine Chance verpassen (21). In Deutschland bieten deliberative und direkte Demokratie und deren Verknüpfung eine wirksame und sinnvolle Bereicherung für die weiterhin dominierende repräsentative Demokratie.

## Hinweis

---

Dieser Beitrag ist auch erschienen im eNewsletter Nr. 2/2013 des Netzwerks Bürgerbeteiligung.

<http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/themen-diskurse/newsletter/enewsletter-2013/enewsletter-nr-22013/>

## Anmerkungen

---

(1) vgl. Kersting 2013a.

(2) vgl. Kersting 2008; Kersting/Schmitter/Trechsel 2008; Leyenaar 2008 S. 209-221.

(3) s. z.B. die Referenden zur europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden.

(4) vgl. Kersting 2013b.

(5) vgl. Kersting et al. 2009.

(6) aus Deutschland z.B. Roland Roth (Universität Magdeburg), Susanne Weber (Marburg), Volker Mittendorf (Universität Wuppertal) sowie weitere Kollegen aus Lateinamerika (Argentinien, Chile), Asien (Taiwan, China) und Afrika (Uganda, Südafrika).

- (7) s. z. B. Bürgerhaushalte aus Porto Alegre, »Lernen vom Süden«.
- (8) vgl. Kersting 2012.
- (9) vgl. Fung/Warren 2011.
- (10) vgl. Fung/Warren 2011.
- (11) vgl. Lang 2007, Fung/Warren 2011.
- (12) BC-CA 2004.
- (13) vgl. Fung/Warren 2011.
- (14) vgl. Elkins et al. 2011.
- (15) vgl. Dessi 2012.
- (16) vgl. Elkins et al 2012.
- (17) vgl. Dessi 2013.
- (18) vgl. Dessi 2013.
- (19) vgl. Kersting 2004, S. 247.
- (20) vgl. Roth 2011, Kersting/Woyke 2012.
- (21) vgl. Geissel/Kersting 2013.

## Literatur

---

BC-CA (2004): British Columbia Citizen Assembly on electoral reform 2004: Making every vote count. Final report. Vancouver.

Dessi, Giulia (2013): When politician strike back. In: Open democracy 2013 [www.opendemocracy.net, letzter Zugriff 2.6.2013].

Dessi, Giulia (2012): the Icelandic constitutional experiment. In: Open democracy 2012 [www.opendemocracy.net, letzter Zugriff 2.6.2013].

Elkins, Zachary/ Ginsburg, Tom/ Melton, James (2012): A Review of Iceland's Draft Constitution. The Comparative Constitutions Project.

Fung, Archon/ Warren, Mark (2011). British Columbia, Canada: Citizens' Assembly on Electoral Reform. Case Study (Draft). Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Geißel, Brigitte/ Kersting, Norbert (2013): Politische Beteiligung in Deutschland. In: Politische Beteiligung in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Bonn: Stiftung Mitarbeit.

Kersting, Norbert (2004): Die Zukunft der lokalen Demokratie. Modernisierungs- und Reformmodelle. Frankfurt/Main: Campus.

Kersting, Norbert (2008): Innovative Partizipation. Legitimation. Machtkontrolle und Transformation in: Die Zukunft der Demokratie. In: Kersting, Norbert (Hrsg.). Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: VS Verlag, S. 11-39.

Kersting, Norbert (2013a): Ungleiche Teilnahme an demokratischen Verfahren. Chancen und Risiken von Bürgerbeteiligung. Wien: Arbeiterkammer.

Kersting, Norbert (2013b): Wutbürger und andere soziale Bewegungen: In: Politik im Staat 2(2013). Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg [im Erscheinen].

Kersting, Norbert (Hrsg.) (2012): Electronic Democracy. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Kersting, Norbert/ Woyke, Wichard (2012): Vom Musterwähler zum Wutbürger. Münster: Aschendorff.

Kersting, Norbert/ Janice Caulfield/Andrew Nickson/Dele Olowu/Hellmut Wollmann (2009): Local governance reform in global perspective. Wiesbaden: VS Verlag.

Kersting, Norbert/Schmitter, Philippe/Trechsel, Alexander (2008) Die Zukunft der Demokratie. In: Kersting, Norbert (Hrsg.). Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: VS Verlag, S. 40-63.

Lang, Amy (2007): But Is It for Real? The British Columbia Citizens' Assembly as a Model of State-Sponsored Citizen Empowerment. In: Politics & Society 35(1), S. 35-69.

Leyenaar, Monique (2008): Citizen Jury. In: Kersting, Norbert (Hrsg.). Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: VS Verlag, S. 209-221.

Nanz, Patrizia/ Fritsche, Miriam (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Roth, Roland (2011): Bürgermacht. Hamburg: Körber Stiftung.

Ward, Ian (2006): The British Columbia Citizens' Assembly on Electoral Reform. An Experiment in Political Communication. Paper presented to the Australasian Political Studies Association Conference, University of Newcastle, 25.-27. September 2006.

## Autor

---

**Prof. Dr. Norbert Kersting** ist Professor für Kommunal- und Regionalpolitik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster. Er hat langjährige Forschungs- und Lehrerfahrung im Bereich deutscher, europäischer und internationaler Kommunal- und Regionalpolitik. Von 2006 bis 2010 war er Inhaber des DAAD-Chair für »Transformation and Regional Integration« am Department of Political Science der University Stellenbosch in Südafrika. Er ist Präsident des Research Committees 10 des internationalen Politologenverbandes IPSA zu »Electronic Democracy« und langjähriges Vorstandsmitglied des Research Committees 5 zu »Comparative Studies on Local Government and Politics«. Sein Forschungsschwerpunkt liegt neben der international vergleichenden Forschung zu Lokalpolitik und Multilevel Governance, Electronic Democracy, Post-Parlamentarismus und Verfassungsreform im Bereich demokratischer Innovation und der Verknüpfung direktdemokratischer mit neuen dialogischen Beteiligungsinstrumenten.

## Kontakt

Prof. Dr. Norbert Kersting  
Westfälische Wilhelms-Universität Münster  
Geschäftsführender Direktor  
Institut für Politikwissenschaft  
Scharnhorststraße 100  
D-48151 Münster  
Tel. 0251-83-25399  
[norbert.kersting@uni-muenster.de](mailto:norbert.kersting@uni-muenster.de)

## Redaktion

---

Stiftung MITARBEIT  
Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft  
Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers  
Ellerstr. 67  
53119 Bonn  
E-Mail: [newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de](mailto:newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de)